

«Das Rentenalter ist kein Tabu»

MEINUNG Der Luzerner Wirtschaftspräsident Christoph Schaltegger gilt als «Vater» einer Schuldenbremse für die AHV. Der Mechanismus bringe mehr Gerechtigkeit.

INTERVIEW TOBIAS GAFAFER
schweiz@luzernerzeitung.ch

Zurzeit berät die Sozialkommission (SGK) des Nationalrats die Rentenreform. In einer ersten Lesung sprach sie sich für eine Schuldenbremse aus, die unter gewissen Bedingungen die Mehrwertsteuer und in Monatsschritten das Rentenalter auf maximal 67 Jahre erhöht. Damit nahm die SGK einen Vorschlag der Wirtschaftsverbände auf. Dieser geht auf den Luzerner Wirtschaftspräsident Christoph Schaltegger zurück. Im Interview mit unserer Zeitung verteidigt er die Schuldenbremse. Diese löse das Problem, dass die Politik unangenehme, aber nötige Reformen aufschiebe.

Die SGK entscheidet im August, der Nationalrat folgt im September. Im Ständerat dürfte der Widerstand gegen eine Schuldenbremse für die AHV gross bleiben. Mit der Rentenreform will der Bundesrat die erste und die zweite Säule bis 2030 stabilisieren.

Christoph Schaltegger, im Rahmen der Rentenreform steht zurzeit auch eine Schuldenbremse für die AHV zur Diskussion, die den Spielraum der Politik einschränken würde. Hat diese bei der Altersvorsorge versagt?

Christoph Schaltegger: Nein, das glaube ich nicht. Aber das Problem von Reformen ist, dass sie generationenübergreifend sind. Wir kennen die Entwicklung der Zukunft nicht genau. Die Politik hofft, dass sie unangenehme Reformschritte, die für die Rentenversprechen der Zukunft nötig wären, auf einen späteren Zeitpunkt verschieben kann. Deshalb scheitern Reformen oft. Ein Schutzmechanismus, der die Zukunft mit der Gegenwart verbindet und wenn nötig gleichmässig Korrekturen bei den Einnahmen und Ausgaben vorsieht, würde dieses Problem lösen.

Die Politik hat mit dieser Reform auf die drohenden Defizite der AHV reagiert. Genügt diese Vorlage nicht?

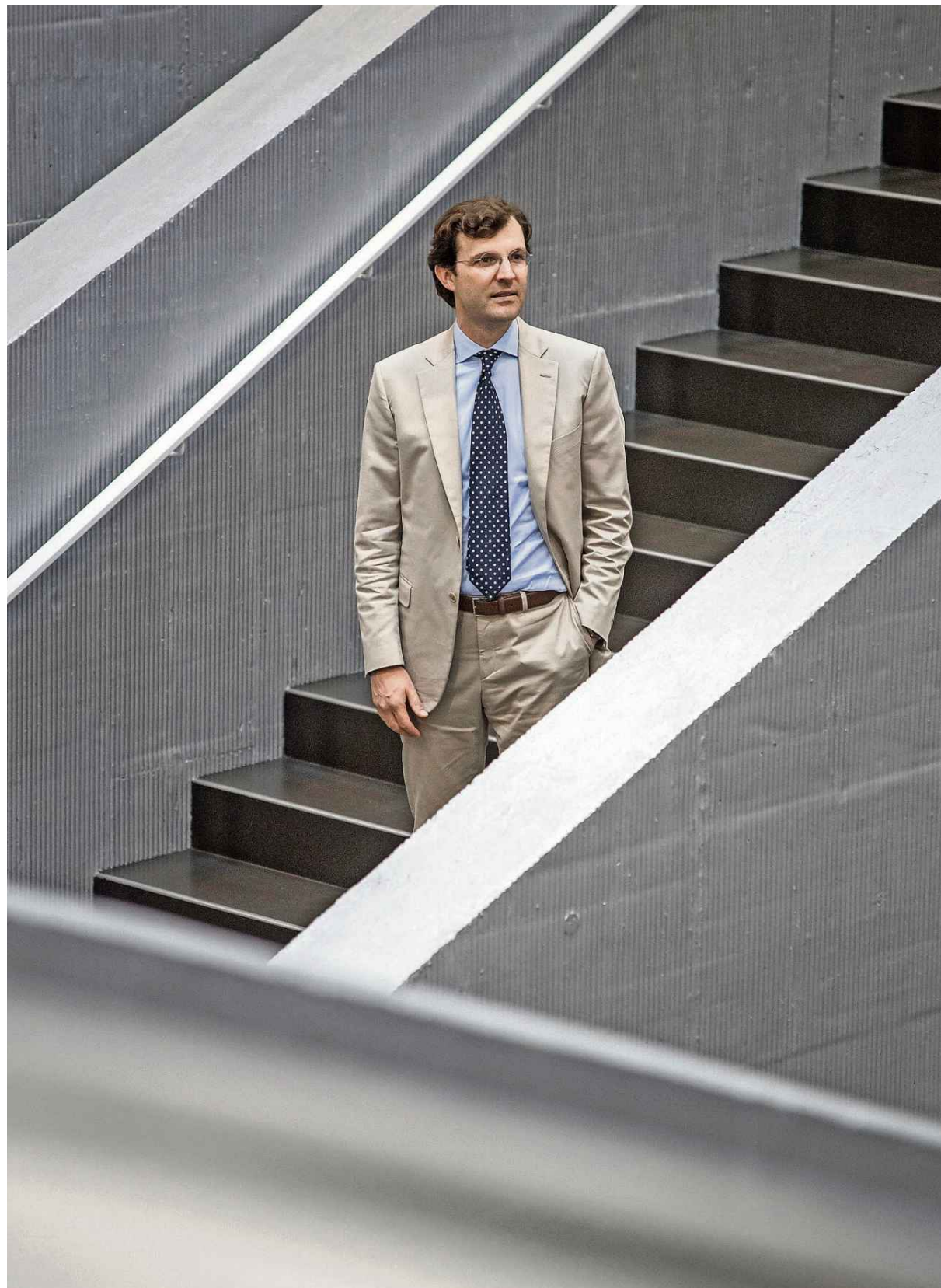
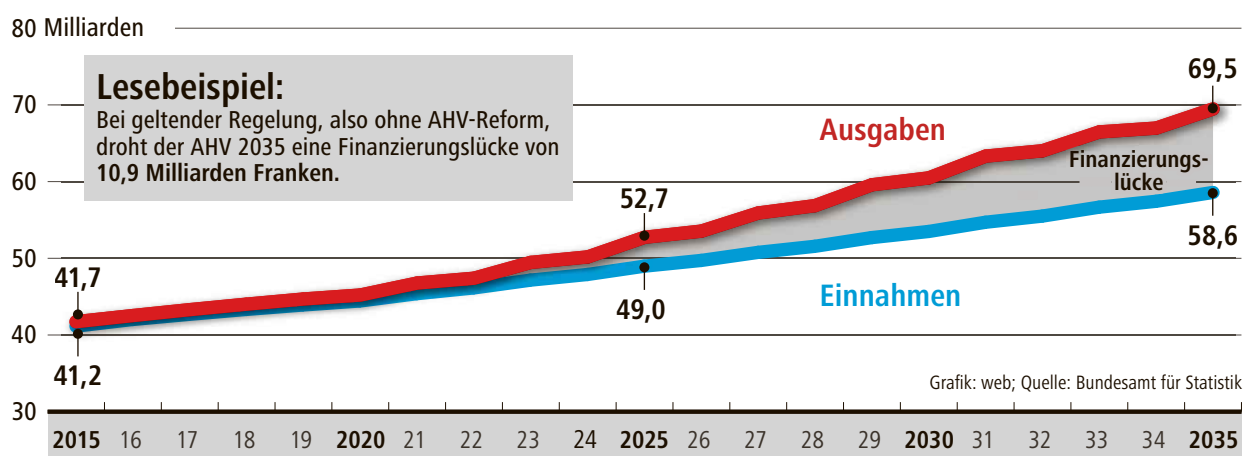
Schaltegger: Nein. Die Rentenreform ist auf das Jahr 2030 ausgerichtet. Wir wissen relativ zuverlässig, wie sich die Zahlen der Rentner und der Erwerbstätigen entwickeln werden. Der Altersquotient, der Anteil der Rentner an der Erwerbsbevölkerung, steigt. Heute ist dieser bei 30 Prozent, bis 2050 beläuft er sich auf über 50 Prozent. Mehr Rentenbezügern stehen weniger Erwerbstätige gegenüber. Mit der Rentenreform ist die AHV-Finanzierung bis 2050 nicht gesichert.

In den letzten 20 Jahren scheiterten alle Reformen der AHV. Es wäre schon viel erreicht, wenn es gelingen würde, die Finanzierung der ersten Säule bis 2030 zu sichern.

Schaltegger: Ich kann diese Argumentation nachvollziehen. Wir müssen aufpassen, dass sich die Dynamik nicht zuspitzt. Der Ständerat will die AHV-Renten im Rahmen der Reform für alle Neurentner um monatlich 70 Franken erhöhen. Damit drohen ab 2030 massive Zusatzlasten, die wieder neu finanziert werden müssen. Mit dieser Variante erkaufte die Politik bis 2030 etwas Zeit, indem die Finanzierungslücke in den Jah-

Finanzperspektiven der AHV

Entwicklung der Einnahmen und der Ausgaben 2015 bis 2035, in Milliarden Franken



Christoph Schaltegger, hier zu sehen im Treppenhaus der Universität Luzern, wagt zu bezweifeln, dass das Rentenalter 65 der Weisheit letzter Schluss ist.

Bild Pius Amrein

ren danach nochmals grösser wird. Das ist unverantwortlich.

Im Nationalrat dürfte die Rentenerhöhung einen schweren Stand haben. Dafür sprach sich dessen Sozialkommission für eine Schuldenbremse für die AHV aus. Sind Sie zufrieden, dass die Politik den Ball aufnimmt?

Schaltegger: Es ist wichtig, dass man sich dieser Frage stellt. Wir brauchen einen institutionellen Mechanismus, der klar signalisiert, dass die Politik die Renten der ersten Säule langfristig sichern will – auch um das Vertrauen in das Sozialwerk zu stärken.

Die Schuldenbremse für die AHV läuft schrittweise auf das Rentenalter 67 hinaus. Gehen Sie davon aus, dass das Volk dafür bereit ist?

Schaltegger: Das Rentenalter 67 ist nicht das Ziel unseres Mechanismus. Wir wollen eine bereits eingetretene Unterdeckung korrigieren, die bei der AHV in Zukunft zu einem Finanzierungseingpass führen kann. Diese Korrektur soll je zur Hälfte bei den Einnahmen und den Ausgaben erfolgen, zum einen über Lohnprozente oder die Mehrwertsteuer und zum anderen über eine monatliche Erhöhung des Rentenalters. Dieser Mechanismus wird nicht auf Vorrat greifen, sondern nur, wenn die Liquidität im AHV-Fonds unter 50 Prozent einer Jahresausgabe sinkt. Wir entscheiden also nicht heute über das richtige Rentenalter, sondern wenn es dies braucht.

Aber Ihr Vorschlag führt letztlich zu einer Erhöhung des Rentenalters.

Schaltegger: Ich wage zu bezweifeln, dass das Rentenalter 65 der Weisheit letzter Schluss ist. Gesundheitsdaten zeigen, dass die Leute heute mit 70 Jahren so fit sind wie 1970 60-Jährige.

Innenminister Alain Berset warnt, eine Verknüpfung der finanziellen Lage der AHV und der automatischen Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre wäre für die Reform das Todesurteil.

Schaltegger: Ich bin nicht Politiker. Aber der Diskurs, den wir führen, ist eigenartig. Es ist logisch, dass die Leute ein höheres Rentenalter ablehnen, wenn wir ihnen immer sagen, dass 65 Jahre das absolute Maximum sind. Umfragen sind so gestaltet, dass ein Teilnehmer ankreuzen kann, ob er mit 65 oder mit 67 Jahren in Rente gehen will. Wenn Sie jemanden fragen, ob er jeden Tag gerne Weihnachten hätte, sagt auch jeder Ja. Die entscheidende Frage muss eine andere sein.

Welche?

Schaltegger: Ob die Bürger bereit sind, auf Kosten kommender Generationen Renten zu beziehen und das Rentenalter nicht anzupassen. Oder ob sie bereit sind, einen höheren Beitrag zu zahlen, länger zu arbeiten oder Renteneinbussen in Kauf zu nehmen. Das Rentenalter ist in einer direkten Demokratie kein Tabu, wenn man den Leuten transparent die realen Optionen und Konflikte aufzeigt.

Wäre der Arbeitsmarkt bereit für mehr ältere Arbeitnehmer?

Schaltegger: Ja. Bei der Wiedererhöhung des Frauenrentenalters auf 64 Jahre hat der Arbeitsmarkt das zusätzliche Angebot absorbiert. Ich gehe davon aus, dass dies auch bei einer generellen Erhöhung des Rentenalters kein Problem wäre. Vor allem, wenn man sich überlegt, wie sich die demografische Entwicklung in den nächsten Jahren auf unsere Gesellschaft auswirkt. Ab 2020 droht ein zunehmend ausgetrockneter Arbeitsmarkt.

Frauen bekommen viel niedrigere Renten

BERICHT sda. Im Schnitt sind die Renten der Frauen in der Schweiz 37 Prozent tiefer als jene der Männer. Das entspricht fast 20 000 Franken pro Jahr, wie ein gestern publizierter Bericht des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) und des Gleichstellungsbüros des Bundes zeigt. In der EU ist die Geschlechterklüft mit 40 Prozent noch etwas grösser.

Je nach Sozialwerk unterscheidet sich das Rentengefälle stark. Macht es bei der AHV lediglich 3 Prozent aus, so beträgt es in der zweiten Säule über 60 Prozent. Als Grund dafür nennt die Studie die unterschiedlichen Erwerbs-

biografien von Frauen und Männern. Die untersuchte Rentnergeneration (zwischen 2002 und 2012 pensioniert) lebte hauptsächlich nach der traditionellen Aufgabenteilung. Männer waren voll berufstätig, Frauen kümmerten sich um Haushalt und Kinder.

Falls die Frauen mitverdienten, hatten sie wegen der oft kürzeren Dauer und des geringeren Umfangs der Erwerbstätigkeit viel tiefere Vorsorgeleistungen als die Männer. Dazu kommt, dass Frauen bis 1995 ihr Vorsorgekapital bei Heirat vorzeitig beziehen konnten, was deren Rentenansprüche ebenfalls reduzierte. Bei Verheirateten

ist das Rentengefälle denn auch markant grösser (47 Prozent) als bei Geschiedenen und Verwitweten (28 Prozent). Kein Unterschied konnte bei den ledigen Personen festgestellt werden.

Grosse Veränderungen nötig

Mit der im Parlament hängigen Reform der Altersvorsorge sollen einige Schwächen des heutigen Systems korrigiert werden. So sind in der obligatorischen beruflichen Vorsorge Massnahmen für einen besseren Vorsorge-schutz von Teilzeitbeschäftigten und von Personen mit tiefen Löhnen vorgesehen. Damit sich Frauen und Män-

ner gleichermassen beruflich engagieren können, sind gemäss dem Bericht auch genügend Kinderbetreuungsplätze zu einem erschwinglichen Preis erforderlich. Erst kürzlich hat der Bundesrat dafür dem Parlament 100 Millionen Franken beantragt.

Institutionelle Reformen allein reichen gemäss dem Bericht aber nicht aus, um den Geschlechterunterschied bei den Renten vollständig zu beseitigen. Es müssten noch tiefer greifende Veränderungen in Betracht gezogen werden, um «dem in Unternehmen und Gesellschaft vorherrschenden stereotypen Rollenbild» entgegenzuwirken, heisst es.

Gründungsdekan

ZUR PERSON red. Christoph Schaltegger (44) ist Professor für politische Ökonomie an der Universität Luzern und Gründungsdekan der in diesem Herbst startenden wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Zuvor arbeitete er als Mitglied der Geschäftsleitung des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse und als Referent des früheren Bundesrats Hans-Rudolf Merz.

Schaltegger wurde in Basel geboren und schloss sein Studium mit einem Lizentiat in Wirtschaftswissenschaften an der Universität Basel ab, wo er 2003 auch sein Doktorat erwarb.